

Cornelius Pawlita

## **"Wiedergutmachung" als Rechtsfrage?**

**Die politische und  
juristische Auseinandersetzung  
um Entschädigung für die Opfer  
nationalsozialistischer Verfolgung  
(1945 bis 1990)**



**PETER LANG**

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · New York · Paris · Wien

## **INHALTSVERZEICHNIS**

Seite

<b><u>1. Kapitel: Einleitung</u></b>	<b>1</b>
<b><u>2. Kapitel: Zwangsarbeit im Nationalsozialismus</u></b>	<b>15</b>
<b>I. Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern</b>	<b>15</b>
1. Die Funktion der Konzentrationslager bis Mitte der dreißiger Jahre	15
2. Die allmähliche Erweiterung des Lagersystems	18
a. Die Einbeziehung sozialer Randgruppen in das Häftlingssystem	19
b. Vermehrte Einweisung von Juden	21
c. Die Einbeziehung Angehöriger besetzter Länder in das Häftlingssystem	22
d. Vernichtung innerhalb und außerhalb des "Arbeitseinsatzes"	23
3. KZ-Arbeiter als Mittel der Rüstungswirtschaft	24
<b>II. Zwangsarbeit der Juden sowie Sinti und Roma</b>	<b>29</b>
<b>III. Zwangsarbeit der "Fremdarbeiter"</b>	<b>32</b>
1. Zur Deportationspraxis in der Tschechoslowakei (Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei)	33
2. Der Einsatz polnischer ziviler Arbeitskräfte und Kriegsgefangener	34
3. Die Einbeziehung von West- und Südosteuropa in den "Fremdarbeitereinsatz"	39
a. Frankreich	39
b. Niederlande	41
c. Belgien	43
d. Luxemburg	45
e. Dänemark	45
f. Norwegen	46
g. Jugoslawien	46
h. Griechenland und Albanien	47
4. Der "Russeneinsatz"	48
5. Die Deportation italienischer Zwangsarbeiter	50
6. Arbeitskräfte aus den verbündeten (Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Finnland) und neutralen Staaten	51
7. Die Bedeutung des "Fremdarbeitereinsatzes"	52

<b>IV. Zwangsarbeit in den besetzten Gebieten</b>	<b>57</b>
<b>V. Zwangsarbeit und Arbeit im Nationalsozialismus</b>	<b>63</b>
1. Die unterschiedliche Funktion der Zwangsarbeit	63
2. Zwangsarbeit und Zwangsverpflichtung zur Arbeit	68

### **3. Kapitel:**

<b><u>Die Entwicklung der internationalen Haltung zur deutschen Reparationsverpflichtung unter dem Blickpunkt der Entschädigung für NS-Opfer - Primat der Sicherheits- vor der Reparations- und Entschädigungspolitik</u></b>	<b>70</b>
---	-----------

<b>I. Die Auseinandersetzung der alliierten vier Großmächte um deutsche Reparationszahlungen bis zum Potsdamer Abkommen</b>	<b>71</b>
1. Die alliierten Planungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion	71
a. Vereinigte Staaten	72
b. Großbritannien	76
c. Sowjetunion	77
2. Die Konferenz von Jalta (4. - 11. Februar 1945)	78
3. Die Potsdamer Konferenz (17. Juli - 2. August 1945)	81
4. Die französische Deutschlandpolitik	87
<b>II. Die Entwicklung zur eigenständigen Reparationspolitik in den drei westlichen Besatzungszonen</b>	<b>88</b>
1. Die Auffassung der Alliierten zum Reparationsgrund	89
2. Von den Industrieplänen zum Petersberger Abkommen - Der Wandel des amerikanischen Reparationsverständnisses: Reparation als Sühnesymbol und Deutschlandvertrag	93
<b>III. Die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone</b>	<b>101</b>
1. Von Demontagen zu sowjetischen Aktiengesellschaften	101
2. Der Abbau von Reparationslasten	102
3. Sowjetischer Reparationsverzicht gegenüber der DDR (Protokollvereinbarung vom 22. August 1953)	103
<b>IV. Das Pariser Reparationsabkommen vom 14. Januar 1946 und die Forderungen der übrigen alliierten Kriegsgegner Deutschlands</b>	<b>110</b>
1. Die Bedeutung des Pariser Reparationsabkommens	111
a. Die Einbindungsfunktion	112
b. Das "Bündelungsprinzip"	114
c. Der reparationspolitische Kurs der kleineren Staaten am Beispiel der Niederlande	116

d. Die Diskussion um den Reparationsbegriff	119
aa. Die Einbeziehung der Kriegskosten	119
bb. Die Einbeziehung der Personenschäden einschließlich der der Zwangsarbeiter	120
e. Die Auseinandersetzung um die Entschädigung nichtrepatriierbarer Opfer	124
aa. Die Intervention jüdischer Verbände	124
bb. Deutsche und österreichische Flüchtlinge	126
cc. Das Problem der DP's	128
dd. Bedeutung und Umfang des Hilfsfonds	131
f. Die Entschädigungs- als Reparationsfrage: Art. 8 und das "Bündelungsprinzip"	133
2. Die polnischen Reparationsansprüche und die Verzichtserklärung vom 23. August 1953	135
a. Die polnische Reparationspolitik nach Kriegsende	135
b. Der Inhalt der polnischen Verzichtserklärung	138
c. Polnische Individualforderungen in den vierziger Jahren	144
V. Die Friedensverträge vom 10. Februar 1947 (Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland): Der Entschädigungskomplex und der Verzicht auf deutsche Reparationsforderungen	146
VI. Eine erste Theoriebildung: Der Entschädigungskomplex bei jüdischen und anderen Autoren	154
1. Die Funktion der Reparationen	154
2. Der Maßstab: Die Versailler Reparationsregelungen	156
3. Die einzelnen Autoren	159
a. Schalom Adler-Rudel	160
b. Jacob Robinson	161
c. Georg Landauer	163
d. Siegfried Moses	165
e. Nehemiah Robinson	170
f. F. Gillis und H. Knopf	175
g. Louis C. Bial	177
h. Siegfried Goldschmidt	179
i. Paul Guggenheim, Gerhart Riegner u.a. (Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund)	181
j. Adolf F. Schnitzer	185
k. Hans Joseph Cahn	187
VII. Das internationale Statut für den Militärgerichtshof und der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher	191
VIII. Zusammenfassung	198

#### **4. Kapitel:**

<b><u>Die Entstehung des Entschädigungsrechts unter alliierter Aufsicht</u></b>	<b>201</b>
<b>I. Die Rechtsetzung in den drei Westzonen bis zur Gründung der Bundesrepublik</b>	<b>202</b>
1. "Wiedergutmachung" als alliiertes Besatzungsziel	202
2. "Wiedergutmachung" als deutsche Aufgabe	206
3. Die Kodifizierung des Entschädigungsrechts auf Länderebene	209
a. Erste fürsorgliche Maßnahmen	210
aa. Alliierte Zuständigkeit für DPs	210
bb. Maßnahmen in den Ländern	212
b. Die Entwicklung in den drei Westzonen	213
aa. Amerikanische Zone	213
bb. Britische Zone	220
cc. Französische Zone	223
dd. Berlin	225
4. Exkurs: Sowjetische Zone und DDR	228
<b>II. Die Auseinandersetzung um eine Bundesregelung</b>	<b>231</b>
1. Deutsche Initiativen für ein Bundesgesetz	233
2. Die Entschädigungsfrage auf der Londoner Schuldenkonferenz (Londoner Abkommen v. 27.2.1953)	238
a. Die Verhandlungsvorgaben der Besatzungsmächte	238
b. Die Fortsetzung des Pariser Reparationskompromisses: Art. 5 LSA	242
aa. Die deutschen Verhandlungsziele	244
(1) Reparationsverzicht	244
(2) Aufhebung der Beschlagnahme des deutschen Auslandsvermögens	246
bb. Spezifizierung der Reparationsforderungen: Der niederländische Vorstoß zur Offenhaltung der Ansprüche der KZ-Arbeiter	248
c. Wirtschaftliche Rehabilitierung als Moral	252
d. Die Ausgangsbedingungen für ein deutsches Entschädigungsrecht	253
3. Der Überleitungsvertrag (v. 26. Mai 1952)	255
a. Die deutsche Verhandlungsposition	257
aa. Die "Westverfolgten" (Widerstandskämpfer und Zwangsarbeiter)	258
bb. Die DPs	259
cc. Die Koppelung der Entschädigung an die deutsche Leistungsfähigkeit	263

dd. Exkurs: Wiedergutmachung" und die "Staatsbankrott-Rechtsprechung" des Bundesverfassungsgerichts	264
b. Die Bedeutung des Überleitungsvertrags für das Entschädigungsrecht	266
c. Die Regelungen im Überleitungsvertrag	268
4. Der Vertrag mit Israel und das Abkommen mit der Claims Conference (v. 10. September 1952)	269
a. Verhandlungsbeginn und Verhandlungsverlauf	269
b. Der Vertrag mit Israel	273
aa. Vom Reparationsanspruch zur Wiedergutmachung	274
bb. "Ehrenpflicht" und "Ehrenschild"	277
c. Die Regierungsabkommen mit der Claims Conference	284
aa. Der Globalanspruch (Protokoll Nr. 2)	284
bb. Die Vorgaben für eine Entschädigungsgesetzgebung (Protokoll Nr. 1)	285
(1) Ausbau der Gesetzgebung	285
(2) Das Territorialitätsprinzip	285
III. Das Bundesentschädigungsgesetz	289
1. Die Auseinandersetzung bis zur Verabschiedung des Bundesergänzungsgesetzes	289
a. Die Konkurrenz von Bundesrat und Bundesregierung und die Auseinandersetzung im Bundesrat: Fürsorge oder Schadensersatz?	289
b. Die geringe Bedeutung des Bundestags	291
aa. Neuansätze im SPD-Entwurf (Juni 1952)	292
bb. Die Parlamentsdebatte im September 1952	295
c. Die parlamentarische Verabschiedung	297
2. Nachbesserungen durch das Bundesentschädigungsgesetz	298
a. Das Territorialitätsprinzip als Teil der Deutschlandpolitik	301
aa. Konsequenzen der Option auf das Deutsche Reich	301
bb. Ausgrenzung der ins Reich Deportierten	304
b. Widerstandskämpfer und Nationalverfolgte	307
3. Weitere Nachbesserungen durch das Bundesentschädigungsschlußgesetz	310
a. Ablehnung einer Neukonzeption	311
b. Weitere Ergänzungen des Territorialitätsprinzips	312
aa. Sonderfonds für Flüchtlinge	313
bb. Nationalverfolgte und Zwangsarbeiter	317
4. Die Grundkonzeption nach dem Kreis der Anspruchsberechtigten	319
IV. Der Abschluß weiterer Globalabkommen mit elf westeuropäischen Staaten	322
1. Inhalt und Bedeutung der Verträge	322

2. Die Verträge und das Reparationsargument	326
<b>V. Zusammenfassung</b>	<b>329</b>
<b>5. Kapitel: Die Abwehr der Ansprüche der ausländischen Verfolgten</b>	<b>332</b>
<b>I. Die Ablehnung der Entschädigungsansprüche: Der Begriff des "Verfolgten" in der Rechtsprechung</b>	<b>332</b>
1. Zur Verfolgung "aus Gründen der Rasse" und wegen Einsatzes gegen die "Mißachtung der Menschenwürde": Verbotener Umgang mit Ausländern	332
2. Zur Verfolgung "aus Gründen politischer Gegnerschaft"	339
3. Verfolgung "aus Gründen ihrer Nationalität"	352
a. "Nationalität" und "Deutschenklausel"	354
b. Die Vermutungsregel und ihre Widerlegung bei Beteiligung am nationalen Widerstand	357
c. Die Fremdarbeiterrechtsprechung	362
d. Die Durchführungsrichtlinien des Bundesministers der Finanzen	367
4. Der entschädigungsrechtliche Begriff des "Politischen": Trennung von "Staat" und "Nationalsozialismus"	372
a. Die nichtdeutschen Verfolgten als "Staatsverfolgte"	372
b. Verifizierung der These von der Unterscheidung in "Staats-" und "Bewegungsverfolgte" anhand der Rechtsprechung zu § 1 BEG	376
<b>II. Die Ablehnung von Individualansprüchen: Keine "Wiedergutmachung" durch Zivilrecht</b>	<b>386</b>
1. Entschädigungs- und zivilrechtliche Ansprüche	387
2. Von der Reparationsbegrenzung zur Abwehr von Individualforderungen	391
3. Die Abwehr zivilrechtlicher Ansprüche	397
a. Art. 5 LSA als Ausschußnorm	397
b. Keine Anwendung des Art. 5 LSA auf das Entschädigungsrecht	400
c. Die Klagen ehemaliger Konzentrationslagerhäftlinge	404
aa. Weitere Argumentationstopoi aus dem Bundesfinanzministerium	407
bb. Der Präzedenzfall: Leon Staucher ./I. I.G. Farben	411
(1) Ausbeutung als Reichssache	411
(2) Zum Vergleich: Urteil im Fall 6	412
(3) Die Funktion der Auftragsrechtsprechung	415
(4) Die weitere Urteilsbegründung	416
cc. Die Unschuld der Wirtschaft auch bei jüdischen Zwangsarbeitern	417

dd. Die Nagelprobe: Verjährung der Ansprüche deutscher Zwangsarbeiter	418
d. Kritik der Rechtsprechung zu Art. 5 LSA	420
<b>III. Die Ablehnung weiterer Entschädigungsforderungen</b>	<b>425</b>
1. Kontinuität der deutschen Politik	427
a. Äußerungen im Bundestag: Störversuche der Ostpolitik	427
b. Das Sozialversicherungsabkommen mit Polen (Oktober 1975)	433
c. Die Kompensationsthese	436
aa. Anfragen im Bundestag	436
bb. Im völkerrechtlichen Schrifttum	437
2. Die Begründung der polnischen Entschädigungsforderungen	442
<b>IV. Ausblick: Neue Ansätze in den achtziger Jahren</b>	<b>448</b>
1. Erfolgreiche Versuche im 10. Bundestag	448
2. Zwei weitere Versuche im 11. Bundestag	452
<b>V. Zusammenfassung</b>	<b>460</b>
 <b><u>6. Kapitel: Rechtliche Würdigung in Form von Thesen</u></b>	 <b>463</b>
 <b><u>7. Nachtrag:</u></b>	
<b><u>Die deutsche Reparationsverpflichtung und der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.9.1990</u></b>	 <b>468</b>
 <b>Literaturverzeichnis</b>	 <b>472</b>
 <b>Abkürzungsverzeichnis</b>	 <b>515</b>